

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Reaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Vertriebener: 13 5 28, 13 6 28, 13 6 27. Postleitzettel: Leipzig Nr. 2089. Telegr. Abt.: Neueste Dresden

Abonnement:
Monatlich bei freier Bezahlung durch Voten M. 1.00,
vertreidlich M. 4.00.
Für das wöchentliche Blatt "Illustrirte Rasse"
16 Pf. monatlich mehr.
Vorlesung in Deutschland:
Klub A ohne "Mehr. Rasse" monat. M. 1.00, vertreidlich. M. 4.00
"B mit "Mehr. Rasse" 1.00 4.00
Im Österreich-Ungarn:
Klub A ohne "Mehr. Rasse" monat. M. 2.00, vertreidlich. M. 7.00
"B mit "Mehr. Rasse" 2.00 7.00
Rath. Ruhland in Kreisg. Ruhland. M. 1.00. Einz. Numm. 16 Pf.

Das Programm der neuen sächsischen Regierung

Aufruf

X Dresden, 18. November
Von dem Sächsischen Landesamt verkelet folgendes

An das sächsische Volk!

Das imperialistisch-kolonialistische System ist unter den Wirkungen des widerwendenden und kulturvernichtenden Weltkriegs zusammengebrochen. Ein neues Zeitalter ist im Werden, in dem sich der Übergang der bestehenden Trennungsbefestigungen eine gründliche Reform der Verfolgungs- und Lohnverhältnisse erfolgen soll.

Die Monarchie ist besiegelt. Die bürgerliche Gewalt ist in die Hände der Arbeiterklasse übergegangen. Die Aufgabe der neuen Regierung geht dahin, das Land über die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinauszuführen, die demokratischen Errungenheiten und wirtschaftlichen Umschaltungen nach sozialistischen Grundsätzen zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse braucht nicht nur politische Freiheit, sondern ebenso die Befreiung aus ökonomischer Bedrückung, die in vollem Umfang nur der Sozialismus bringen kann. Die neue sächsische Regierung erhält die Befreiung der sozialen und bürgerlichen Verhältnisse und die Etablierung einer sozialstaatlichen Versicherung und die Entwicklung Sozialens in die einheitliche sozialistische Volksrepublik, an die auch Deutsch-Österreich seinen Abschluß vollziehen möge. Den einzelnen Teilgegenden des neuen Groß-Denmark soll weitgehende Selbstverwaltung und Schutz der Kultursphären gesichert werden.

Die Regierung will in Übereinstimmung mit der neuen Melioration wirken. Sofern Anordnungen der Reichsleitung unseres Reichs nicht finden, werden wir unter Aufsicht dagegen gestehen. Die von der Reichsleitung mit Geschäftsfeld erlassenen Verfügungslizenzen wie für Sachen durch Vorrichten ergänzen, denen gleichfalls Beigefügt ist.

Die Arbeiters und Soldatenräte, die Träger der revolutionären Bewegung, haben die Aufgabe, die sozialistische Volksregierung zu föhren und zu kontrollieren. Ihre Aufgabendeklaration in den einzelnen Kreisen wird ein unverzüglich zusammenstehender Rat der Arbeiters und Soldaten umgrenzen. Mit Beendigung der Demobilisierung und mit Friedensschluß soll an Stelle des bestehenden Heeres die Volkswehr treten.

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wird gewährleistet. Die Beschränkungen im Vereins- und Versammlungsrecht sind gelöscht. Die Pressefreiheit ist in vollem Umfang gestillt. Die Gefangenenzahl ist aufzunehmen. In ihrer Stelle gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag.

Die Arbeiters und Soldatenräte, die Träger der revolutionären Bewegung, haben die Aufgabe, die sozialistische Volksregierung zu föhren und zu kontrollieren. Ihre Aufgabendeklaration in den einzelnen Kreisen wird ein unverzüglich zusammenstehender Rat der Arbeiters und Soldaten umgrenzen. Mit Beendigung der Demobilisierung und mit Friedensschluß soll an Stelle des bestehenden Heeres die Volkswehr treten.

Die Sicherstellung der Volksversorgung ist in unserem Lande besonders schwierig. Die Regierung wird die Interessen Sozialens an Reichsseite mit grobem Nachdruck vertreten. Sie wird mit den schädlichen Mitteln gegen unbedeckte Ausnahrakten von Lebensmitteln, gegen Wucher und gewerbsmäßigen Schleichhandel einzutreten. Die Wohnungsnot soll durch Bereitstellung von Wohnungen und durch schleunigen Bau neuer Wohnungen bekämpft werden.

Die Trennung der Kirche vom Staat ist durchzuführen. Den Religionsgemeinschaften wird volle Freiheit gewährt. Die Schule ist von politischer und ethischer Bevormundung zu befreien. Die Volksbildung ist unter sozialistischer Aussicht zur Einheitsbildung auszugehören. Bildungs- und Kunsthilfe sollen gefördert werden. Konzessionen für Kapitalistische Zwecke, insbesondere für Bildungs- und Volksaufbaubedürfnisse, aus Berlin und Halle, sind zu Vertretern Japans auf der Friedenskonferenz erwartet. Die Landwirtschaft soll durch Bereitstellung von Wohnungen und durch schleunigen Bau neuer Wohnungen bekämpft werden.

Die Trennung der Kirche vom Staat ist durchzuführen. Den Religionsgemeinschaften wird volle Freiheit gewährt. Die Schule ist von politischer und ethischer Bevormundung zu befreien. Die Volksbildung ist unter sozialistischer Aussicht zur Einheitsbildung auszugehören. Bildungs- und Kunsthilfe sollen gefördert werden. Konzessionen für Kapitalistische Zwecke, insbesondere für Bildungs- und Volksaufbaubedürfnisse, aus Berlin und Halle, sind zu Vertretern Japans auf der Friedenskonferenz erwartet. Die Landwirtschaft soll durch Bereitstellung von Wohnungen und durch schleunigen Bau neuer Wohnungen bekämpft werden.

Auf Bedenken der Angaben sind die

Gewaltungsreformen grundlegend

zu halten vorzuhalten. Für die Gemeinden ist völker Selbstverwaltung durchzuführen. Die bestehenden Gemeindevertretungen können zunächst im Amt bleiben. Für die Gewerbe und die Gewerbevertretungen werden demnächst ähnliche Ausschüsse erloschen. Für die bisher unbestandenen Beamten und Staatsbeamten soll bald als möglich am Ende des Kriegs der bestehenden Trennungsbefestigungen eine gründliche Reform der Verfolgungs- und Lohnverhältnisse erfolgen.

Zur Überleitung aus dem Kriege zum Friedenstand und zum Neuanfang des Wirtschaftslebens bedarf es des Aufbaus aller Kräfte. Vornehmlich haben die Organisationen der Arbeiterklasse ihr Äquivalent einzulegen, um den Schwierigkeiten Herr zu werden. Nur so kann das Gesetz des Hungers gebaut und eine bessere Zukunft angebaut werden.

Schwer ist die Not der Zeit. Jeder tut seine Pflicht. Ist die gefahrvolle Übergangszeit überstanden, dann wird das deutsche Volk vermöge der unvergänglichen Kräfte, die in ihm leben, in demokratisch sozialistischer Entwicklung zu einer neuen Blüte entstehen.

Bertrand Aufwärts!

Der Präliminarfriede

Nach den vorliegenden Meldungen wird der Vertrag der Verhandlungen für einen Präliminarfrieden in nächster Zeit, jedoch lange vor Ende des Monats erwartet. Danach werden die eigentlichen Friedensverhandlungen beginnen. Das wird ein Apparat von vielen hundert Delegierten aufgebaut werden. Eine ganze Anzahl von Kommissionen muss geschaffen werden, die im Zusammenhang mit der Friedensunterhandlung tätig sind. Der Londoner Vertreter der "Neue Roten Garde" eröffnet eine Konferenz am 1. Dezember, die Ende Januar beginnt. Darauf folgt die Erarbeitung einer neuen Konferenz, folgen die viele Monate dauern werden. Auch Großbritannien soll an der Konferenz teilnehmen. Außerdem scheint es, dass man auch in England einem Präliminarfrieden zustimmen wird.

a. Basel, 18. November. (Pers.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten). Die Londoner "Morning Post" meldet, dass nach dem Vorbild Frankreichs zunehmend auch England sich bereit erklärt, mit Deutschland einen Präliminarfrieden abzuschließen. Die Bedingungen sind äußerst einfach. Die Erarbeitung einer neuen Konferenz folgen, die viele Monate dauern werden. Auch Großbritannien soll an der Konferenz teilnehmen. Außerdem scheint es, dass man auch in England einem Präliminarfrieden zustimmen wird.

a. Genf, 18. November. (Pers.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten). "Gommé Libre" schreibt von bedeutenden Willensänderungen französischer Art der Wasserstraßenkommission für Deutschland, insbesondere der Prädikantin. Die Erarbeitung einer neuen Konferenz ist eine provisorische. Die Entscheidung über die Staatsrechtsliche Angehörigkeit Elsass-Lothringens werde erst auf der Friedenskonferenz fallen.

a. Genf, 18. November. (Pers.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten). "Journal des Débats" schreibt von bedeutenden Willensänderungen französischer Art der Wasserstraßenkommission für Deutschland, insbesondere der Prädikantin.

zu Tokio, 17. November. (Reuter). Die Botschaft in London und Paris, China und Japan, sind zu Vertretern Japans auf der Friedenskonferenz ernannt.

Die Ansicht amerikanischer Kreise über die Friedensfrage wird in der gut untersuchten "New York World" mitgeteilt, die meint, die Revolutionäre werden wahrscheinlich erst im Januar ihre Verhandlungen aufnehmen können. Zumindest ist es möglich, dass schon im Dezember mit den Verhandlungen begonnen werden, in Paris verlaufen zu werden, dass die Vorfreuden verhandeln werden, dass die Verhandlungen aber mit den eigentlichen Friedenskonferenzen nicht identisch seien. Zuerst müsse die Konfrontation der Verbäume in Deutschland abgewendet werden. Es bleibt nun die Abstimmung der Abstimmung der letzten Tage zu erwarten, um der nächsten Note der Deutschen werde vermutlich in der nächsten Note der Deutschen anstreben, zu welchem Zeitpunkt die verhandlungsmaßige Vertretung des deutschen Volkes mit der endgültigen Verhandlung geöffnet werden könnten, gewdet sein würde. Da

Edelmann die Neumahlen der Nationalversammlung für den Januar in Aussicht stellt, rechnet man am 1. Okt. d'Orion damit, dass die eigentliche Friedenskonferenz Mitte oder Ende Januar beginnen könnte. Bis dahin müsse eine provisorische Regierung der britisch-amerikanischen Kräfte erlost werden. Mit

Beginnung der britisch-amerikanischen Kräfte am 1. Januar wird die Produktion bedarf der sozialistischen Pflanze zur Überwindung der hier anzutreffenden Kriegsbedrohung. Die Kräfte müssen sich zu modernisieren und zu bewaffnen. Es wird also eine weitreichende Auseinandersetzung vornehmlich mit Briten, die aus Angst vor neuen Gewalt und Kriegsverordnungen vernommen haben.

Auf Bedenken der Angaben sind die

Die Konferenz auf der "Queen Elisabeth"

X London, 17. November

Das Reiter-Vorort erläutert, dass der Sächsische Befehlshaber der deutschen Republik Mecklenburg und sein Stab an Bord des Transportschiffes des Admirals "Kaiser Wilhelm" "Queen Elisabeth" am Freitag abend empfangen habe. Der deutsche Leiterkreuzer mit Admiral Meurer und den Delegierten kam Freitag nachmittag an dem auf deutschem Wege vereinbarten Treffpunkt an der See an und wurde zum Hafen von Portofino geführt. Hier wartete ein Sächsisches und breites Meurer und seinen Stab von Commodore empfangen und zum kleinen Bootshaus angesetzt, wo die Konferenz am Sonnabend ansetzen und heute beendet wurde. Am Montag wird eine Delegation bestehend aus dem Kommandanten der U-Boote und dem Kommandanten der Kapellane und der Kommandanten der U-Boote. Die britischen Delegierten blieben an Bord des Kreuzers "Admiral".

Die Übergabe der Kriegsschiffe

* A. Tel., 18. November

Der erste Teil der für die Unterwerfung bestimmten Kriegsschiffe hat Sonntag nachmittag den kleinen Hafen verlassen und ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weiteren Befehl erwarteten. Bis zur Stunde waren ausgeladen die Untergänge "Bayern", "Großer Kurfürst", "Kronprinz Wilhelm", "Markgraf", "König Albert" und "Kaiserin", ferner die Kreuzer "Sachsen" und "Wittelsbach".

Lansings Antwort an die deutsche Regierung

* A. Tel., 18. November

Der Schweizerische Gesandte in Washington meldet durch Funkruf:

In das Ministerium des Außen in Bern. Staatssekretär Lanzing hat mich durch die Note vom 15. November erläutert, die folgende Mitteilung an den Staatssekretär des Auswärtigen der deutschen Regierung zu übermitteln:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die drastischen Maßnahmen erlassen, die die deutsche Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet hat und die auf die Belebung gewisser Verbindungen bezichten, die in dem Wasserstraßen mit den ottomanischen Regierung und in dem Wasserstraßen mit der britischen Regierung und in dem Wasserstraßen mit der russischen Regierung vorgenommen sind. Die amerikanische Regierung wird die erhaltenen Informationen bald als unzulässig in den anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.

Die Amerikanische Regierung in Washington und die anderen Regierungen zurückfordern.